



Beschäftigtengruppen nicht gegeneinander ausspielen!

**Forderung der Personalräteversammlung am
21. Februar 2013 an die Senatorin für Finanzen**

Die Senatorin für Finanzen, Karoline Linnert, bezeichnet es in einem Interview als „Klassiker“, das Geld bei den Beamtinnen und Beamten einzusparen, das für die Tarifierhöhungen der Beschäftigten benötigt wird, aber nicht in ausreichender Höhe im Haushalt eingeplant wurde.

Die Personalräteversammlung des bremischen öffentlichen Dienstes wehrt sich gegen diesen billigen Versuch der Senatorin für Finanzen, einen Keil zwischen Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamten zu treiben.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes leisten gute Arbeit unter schwierigen Bedingungen. Arbeitsverdichtung und Arbeitshetze nehmen durch die Personaleinsparungen und die berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger immer weiter zu. Das ist unabhängig davon, ob jemand als Tarifbeschäftigte/Tarifbeschäftigter oder als Beamtin/Beamter tätig ist.

Für gute Arbeit von guten Leuten muss es auch gute Bezahlung geben. Darüber wird in den Tarifverhandlungen gestritten. Das Ergebnis dieser Tarifverhandlungen dann wirkungsgleich auf Beamtinnen und Beamte zu übertragen, war einmal ein „Klassiker“, der leider in den letzten Jahren in Bremen nicht mehr aufgeführt wurde.

Wir erwarten von der Senatorin für Finanzen, dass sie nicht versucht, die Beschäftigtengruppen gegeneinander auszuspielen. Wir fordern sie auf, nach Abschluss der Tarifverhandlungen das Ergebnis wirkungsgleich auf die bremischen Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Flagge zeigen für den öffentlichen Dienst

